Abgeschottet in Deutschland

Von Herbert Busch, Landeszeitung Schaumburg-Lippe, Mittwoch 31.07.19, S. 11

GSP-Vortrag über Parallelgesellschaften mit kriminellem Potenzial

Klaus Suchland (am Podium rechts) moderiert die GSP-Veranstaltung

MINDEN/BÜCKEBURG. Abgeschottet in Deutschland lebende Parallelgesellschaften hat ein Vortrag in den Fokus genommen, den die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) im Mindener Hotel Lindgart gehört hat. Die zum Thema „Clankriminalität, die unterschätzte Gefahr – waren wir zu tolerant?“ vermittelten Erkenntnisse bargen nach Auffassung des Referenten so viel Brisanz, dass er – obwohl unter Klarnamen in dieser Zeitung angekündigt – seine Identität diesmal nicht publiziert wissen wollte.

Wie GSP-Sektionsleiter Klaus Suchland darlegte, lehnen diese überwiegend von archaischen Ehrvorstellungen geprägten und hierarchisch organisierten Großfamilien den bundesrepublikanischen Rechtsstaat ab. Mitglieder dieser Clans trieben seit vielen Jahren ihr Unwesen überwiegend in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin.

„Dabei geht deren kriminelles Potenzial weit über profane Kleinkriminalität hinaus, umfasst Drogenhandel, Geldwäsche, Prostitution, Betrugs- und Raubdelikte“, gab Suchland zu verstehen. Sogenannte No-go-Areas sorgten für die Entstehung von Gesellschaftsstrukturen, die sich eigene Maßstäbe setzten und sich dem Zugriff des Rechtsstaates immer mehr entzögen.

Obwohl die Clan-Problematik seit vielen Jahren bekannt ist, wurde erst jetzt eine Bestandsaufnahme gewagt und die Scheu überwunden, sich an ethnischen und namensbezogenen Zusammenhängen zu orientieren. Ein im Mai im Auftrag des NRW-Innenministeriums publiziertes Lagebild zeigt erstmals Bestand und Strukturen der türkischen, libanesischen und arabischen Gruppen auf.

Das Gesamtphänomen ist Suchlands Ausführungen zufolge nur schwer in den Griff zu bekommen und stellt die Strafverfolgungsbehörden vor gewaltige Herausforderungen, die nur durch den Austausch von Ermittlungsergebnissen, Zusammenlegen der Erkenntnisse unter Mitwirkung der

Bürger, Anwendung einer Null-Toleranz-Strategie und gemeinsam abgestimmtes Vorgehen über die Ländergrenzen hinweg bewältigt werden können.

Der Referent konzentrierte einen großen Teil seiner Darstellungen auf eine Gruppe türkisch-arabischstämmiger „Mhallamiye“ in Bremen – staatenlose sunnitische Muslime mit arabischem Akzent, deren Ausweisung nahezu unmöglich ist. „Eine Integration fand aber überwiegend auch nicht statt und ist auch nicht beabsichtigt. Frauen dürfen nicht arbeiten, Bildung hat keinen Wert“, erklärte der Hauptkommissar. Der deutsche Rechtsstaat werde verachtet und als schwach wahrgenommen.

2013 in der Hansestadt erhobene Zahlen gingen von rund 2000 Personen aus. Diese verfügten über eine kaum überschaubare Identifizierungsstruktur. Häufig sind Namen erst im Rahmen von Behördenkontakten durch phonetische Deutungen entstanden, Rückfragen zur Schreibweise wurden oft mit Gesten beantwortet.

Der rund 20 Jahre lang im Bereich der Ausländerkriminalität ermittelnde Beamte plädierte für ein möglichst umfassendes Zusammenwirken der unterschiedlichen Behörden, was allerdings aufgrund des Steuerrechtes und wegen Datenschutzhürden nicht einfach sei.

Derzeit gestalte sich der Nachweis konkreter Straftaten häufig äußerst schwierig.